



Aktion gegen die Straflosigkeit bei Morden an AktivistInnen in Kolumbien

Foto: Jaiver Nieto / EL TIEMPO

Gefahrengebiet Umweltschutz

Nirgendwo werden mehr UmweltaktivistInnen ermordet als in Lateinamerika

Wer sich für Umwelt- und Menschenrechte einsetzt, lebt häufig gefährlich. Dies gilt insbesondere für Lateinamerika. Weltweit wurden im vergangenen Jahr mindestens 200 AktivistInnen ermordet, drei Viertel davon in Lateinamerika. Woran liegt diese Häufung? Welche Rolle spielt die gewachsene Rohstoffförderung in Lateinamerika? Und welche gesellschaftlichen Bedingungen begünstigen die Häufung von Morden an Indigenen?

von Kristina Dietz¹

6 ► Seit Anfang der 2000er Jahre haben Übergriffe gegen Umwelt- und MenschenrechtsaktivistInnen weltweit zugenommen. In vielen Fällen werden Mitglieder von sozialen Protestbewegungen nicht nur kriminalisiert, bedroht und eingeschüchtert, sondern auch gezielt ermordet. Der Global Witness Report von 2017 zählt für das Vorjahr weltweit 200 ermordete AktivistInnen, Front Line Defenders gehen von 281 aus. Häufig werden die Übergriffe und Morde nicht verfolgt oder öffentlich gemacht, weshalb die tatsächliche Zahl der Opfer eher höher liegt.

Drei Viertel der Morde ereigneten sich 2016 in Lateinamerika. Vor allem in ländlichen Regionen in Brasilien, Kolumbien, Honduras, Nicaragua, Mexiko und Guatemala sind ProtestakteurInnen gefährdet. Wer die Morde begeht und zu verantworten hat, bleibt oft ungeklärt. Die Ursachen für die zunehmende Gewalt gegen

Protestierende liegen im Zusammenspiel von übergeordneten wirtschaftspolitischen sowie kontextspezifischen gesellschaftlichen und politisch-institutionellen Bedingungen.

Im Visier von Paramilitärs

► Seit 2013 nehmen in Lateinamerika Ermordungen von AktivistInnen zu, die gegen die Ausweitung des industriellen Bergbaus, infrastrukturelle Großprojekte, Vertreibungen, ökologische Zerstörungen und die Abholzung von Wäldern kämpfen oder für Landrechte eintreten. Bereits zwischen 2002 und 2013 verzeichnete Global Witness eine Verdreifachung der beobachteten Fälle, seitdem steigt die Zahl der Ermordungen, Drohungen und Übergriffe jährlich.

Internationale Aufmerksamkeit erlangte vor allem die Ermordung von Berta Cáceres am 3. März 2016 in Honduras. Cáceres war eine indigene Menschenrechtsaktivistin und Mitbegründerin von COPINH², einem Verband zivilgesellschaftlicher und indigener Organisationen in Honduras. In den Jahren vor ihrer Ermordung hatte sie gegen das geplante Wasserkraftwerk »Agua Zarca« am Fluss Gualcarque mobilisiert und sich für die Rechte der indigenen Gemeinschaft der Lenca eingesetzt, die am und vom Gualcarque leben. Eigentlich hätten diese vor dem Beschluss zum Bau des Kraftwerks konsultiert werden müssen.

Der Fall Cáceres steht stellvertretend für viele andere. Von den Übergriffen mehrheitlich betroffen sind VertreterInnen indigener

und afrolateinamerikanischer Gemeinschaften und Organisationen, – viele von ihnen sind Frauen –, die für ihr Recht auf vorherige Konsultation, territoriale Selbstbestimmung und die Nicht-Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen wie Wälder, Fließgewässer und Land kämpfen. In Nicaragua gehörten zehn von den elf Todesopfern im Jahr 2016 einer indigenen Gemeinschaft an. Ähnlich hoch ist der Anteil Indigener unter den Todesopfern in Honduras, das Land, in dem seit 2007 über 127 AktivistInnen ermordet wurden. Andere Akteursgruppen, die zunehmend ins Visier von Todesschützen gerieten, sind UmweltschützerInnen wie Wald- und Parkranger, KleinbäuerInnen sowie Mitglieder von Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen.

In den meisten Fällen stehen die Morde im Zusammenhang mit extraktivistischer Rohstoffausbeutung und Infrastrukturprojekten. Abholzung, Land Grabbing, die Ausweitung agrarindustrieller Produktionsweisen, Bergbau, Staudämme, Wasserkraftwerke und Ka-



Mit zahlreichen Demos zum Gedenken von Caceres wie hier im April 2016 signalisieren die Menschen, dass sie sich nicht einschüchtern lassen
Foto: Libera Radio Honduras

nalbauten. In Brasilien starben 2016 landesweit 49 Menschen, weil sie gegen die Abholzung von Waldflächen im Amazonas, den Bau von Staudämmen, die Ausweitung des Bergbaus oder die unrechtmäßige Aneignung von Landflächen durch Agrarkonzerne und Großgrundbesitzende protestieren. In absoluten Zahlen ist Brasilien damit das Land mit den meisten ermordeten AktivistInnen.

Soziale AkteurInnen mobilisieren aus unterschiedlichen Gründen zu Protesten: Verfasste Autonomie- und Selbstbestimmungsrechte sowie gewährte Konsultations- und Beteiligungsrechte werden missachtet, Menschen werden vertrieben und ihre Lebensgrundlagen zerstört, und der Zugang zu Land und Wasser geht verloren. Aufgrund der Angst vor ökologischen Zerstörungen und gesundheitlichen Folgen fordern AktivistInnen ein alternatives Entwicklungsmodell, bei dem die gesellschaftlichen Naturverhältnisse nicht weiter durch Kommodifizierung und Inwertsetzung, Ausbeutung und Zerstörung von Natur gekennzeichnet sind.

Ausweitung der Rohstoffausbeutung

► Viele Fälle von ermordeten AktivistInnen werden nie aufgeklärt. Häufig werden dafür Menschen verurteilt oder der Taten angeklagt, die nachweislich nur ihren Kopf hinhalten (müssen), um andere, machtvollere Akteure zu schützen. Über die TäterInnen und Verantwortlichen lässt sich so häufig nur spekulieren. Global Witness

geht von einer hohen Beteiligung paramilitärischer Gruppen, privater Sicherheitsdienste, der Polizei und dem Militär aus. Als Drahtzieher werden GroßgrundbesitzerInnen, Unternehmen, HolzhändlerInnen und staatliche FunktionärInnen vermutet, das heißt jene, die von der Eröffnung einer Mine, der Ausweitung der Soja- oder Zuckerrohrproduktion, der Öl- und Gasförderung sowie der Abholzung von Wäldern ökonomisch und in vielen Fällen auch politisch profitieren.

Wie lässt sich die Zunahme von Morden an Umwelt- und MenschenrechtsaktivistInnen erklären? Ein Teil der Erklärung findet sich in der Konsolidierung des Neoextraktivismus, eines rohstoffbasierten Entwicklungsmodells in vielen Ländern der Region. Bedingt durch hohe Weltmarktpreise für Rohstoffe und landwirtschaftliche Exportprodukte sowie eine hohe Nachfrage nach Rohstoffen und so genannten Flex Crops – Agrarprodukte wie Mais, Zuckerrohr oder Palmöl, die wahlweise im Nahrungsmittel-, Energie- oder Kosmetiksektor Verwendung finden – erlebten die meisten lateinamerikanischen Staaten zwischen 2000 und 2012 eine Re-Orientierung ihrer Export- und Wirtschaftsstrukturen sowie der Staatseinnahmen auf den primären Sektor.

Dies ändert sich auch bei den aktuell fallenden Weltmarktpreisen nur bedingt. Statt wirtschaftspolitischer Neuausrichtungen lässt sich vielerorts eine Vertiefung des extraktivistischen Modells und eine räumliche Ausweitung der Inwertsetzung von Natur mittels Bergbau sowie Plantagen- und Forstwirtschaft beobachten. In Staaten, in denen die Einnahmen mehrheitlich von der Kommodifizierung der Natur abhängen, bedingt die Aneignung von Rohstoffrenten die Organisation ökonomischer Aktivitäten: Das heißt, nicht die Produktion, sondern die Rohstoffrenten müssen permanent maximiert werden – und falls die Weltmarktpreise sinken, gelingt dies nur mittels der Durchsetzung einer Ausweitung und Steigerung der Produktion. Im Zweifel geschieht dies gegen die Interessen ländlicher Bevölkerungsgruppen. In Brasilien wurden zwischen 2011 und 2015 bei fallenden Weltmarktpreisen über 1.400 neue Konzessionen für Bergbauprojekte erteilt.

Im August 2017 hat die rechte Regierung des Landes in den Bundesstaaten Pará und Amapa den Schutzstatus von 46.000 Quadratkilometern Waldgebiet im Amazonas aufgehoben, mit dem Ziel, dort Bergbau und Landwirtschaft zu fördern. Bei den Gebieten, für die Konzessionen vergeben werden und deren Schutzstatus jetzt erloschen ist, handelt es sich nicht wie häufig angeführt um »ungenutzte« oder »leere Räume«. Im Gegenteil, ein Großteil der Konzessionen befinden sich in Territorien, über die ethnische Bevölkerungsgruppen kollektive Nutzungs- und Selbstbestimmungsrechte besitzen.

Diskriminierung von Indigenen

► Im Bundesstaat Pará im Norden Brasiliens überlagern sich die Pläne des ehemaligen staatlichen Bergbauunternehmens Vale do Rio Doce, die Eisenförderung in der Gemeinde Canaã dos Carajás auszuweiten, mit den Forderungen indigener Bevölkerungsgruppen und so genannter Quilombolas nach territorialer Selbstbestimmung. Bei Quilombolas handelt es sich um Nachkommen ehemals geflohener SklavInnen, die seit der brasilianischen Verfassungsänderung von 1988 kollektive Landrechte besitzen.

Was es bedeutet, wenn sich Indigene derzeit in Brasilien gegen die staatlich sanktionierte Ausweitung von Bergbau, Land- und

Macht ist im ländlichen
Lateinamerika extrem
ungleich verteilt

Viehwirtschaft in indigenen Territorien und gegen die Missachtung ihrer kulturellen und politischen Rechte zu Wehr setzen, zeigt der Fall der Gamela, einer indigen Gemeinschaft in Viana im Bundesstaat Maranhão. Maranhão ist einer der Bundesstaaten mit den höchsten Abholzungsraten und den meisten Landnutzungskonflikten im Norden Brasiliens. Am 30. April 2017 wurden 13 Mitglieder der Gemeinschaft von Landwirten aus der Region angeschossen und schwer verletzt. Mehrere Dutzend Gamela hatten wenige Tage zuvor Landflächen besetzt, die sie als ihr traditionelles Territorium ansehen und für deren Rückübertragung sie seit 2014 kämpfen. Die Flächen waren schon während der Militärdiktatur vom Staat enteignet und an Landwirte verteilt worden.

Lokale und regionale PolitikerInnen delegitimieren die Forderungen der Gamela nach Landrestitution und diskreditieren sie als LügnerInnen und Pseudo-Indigene. Das Beispiel zeigt, dass die strukturellen Ursachen der wachsenden Bedrohungen von Umwelt- und MenschenrechtsaktivistInnen im ländlichen Brasilien mit einem kolonial verankerten und bis heute politisch institutionalisierten Rassismus gegen indigene Bevölkerungsgruppen einhergehen. Hinzu kommt ein rechtskonservativer ländlicher Entwicklungsdiskurs, bei dem nicht-indigene Landnutzungen als modern und fortschrittlich gepriesen, Gewalt gegen Indigene herab gespielt und Opfer zu Tätern gemacht werden.

Außer in Brasilien ist die Zahl der Morde an Umwelt- und MenschenrechtsaktivistInnen vor allem in Kolumbien dramatisch angestiegen. 2016 wurden 37 AktivistInnen ermordet, die sich gegen Bergbau und für die Anerkennung von Landrechten ehemaliger Opfer des Bürgerkriegs einsetzten. 13 davon kamen nach dem Abschluss des Friedensvertrags zwischen FARC/EP und der Regierung zu Tode. Im laufenden Jahr hat sich die Lage weiter zugespitzt: Allein zwischen Januar und März registrierte die Organisation Somos Defensores 20 Fälle von ermordeten AktivistInnen.

Ein Beispiel für die eskalierende Gewalt gegen LandrechtsaktivistInnen sind die Morde an mehreren Familienmitgliedern von Marino Córdoba, dem Präsidenten der Vereinigung der Vertriebenen AfrokolumbianerInnen (AFRODES). Am 19. Oktober 2016 wurde sein Sohn, Wilmar Cordoba Forero (21) in Belén de Bajirá, im Grenzgebiet der Provinzen Chocó und Antioquia von vier Männern mit Macheten ermordet. Nur drei Wochen zuvor war dessen Bruder (17) in Riosucio (Chocó) ermordet worden. Die Tat vom 19. Oktober hat die Familie nicht angezeigt, da sie enge Verbindungen zwischen den Tätern und lokalen Funktionären vermutet. Am 7. Januar 2017 wurde Moisés Mosquera Moreno, ebenfalls ein Verwandter Córdoba, von Mitgliedern der paramilitärischen Gruppe Autodefensas Gaitanistas de Colombia (auch als Clan de Golfo bekannt) zu Tode geprügelt. Zwei Tage später traf es seinen Vater.

8

Die Straflosigkeit ist nicht vorbei

► In Kolumbien hat die Demobilisierung der FARC/EP in vielen ländlichen Gebieten ein Machtvakuum hinterlassen, das von noch bestehenden und derzeit wieder erstarkenden paramilitärischen Organisationen gefüllt wird. Es sind vor allem diese Gegenden, in denen Vertriebene des Bürgerkrieges die Rückübertragung ihrer Ländereien fordern. Hierfür kämpft auch Marino Córdoba als Vorsitzender von AFRODES. Diesen Forderungen stehen machtvolle Interessen von regionalen Eliten an Land und von Bergbauunternehmen an noch nicht geförderten Rohstoffen gegenüber.

Es scheint, als würde sich die Geschichte in einigen Landesteilen Kolumbiens derzeit wiederholen. Bereits in den 1990er Jahren

bestanden zahlreiche, zum Teil offiziell nachgewiesene Allianzen zwischen regionalen Eliten und paramilitärischen Gruppen, wobei Letztere die ökonomischen Interessen Ersterer mittels Gewalt und Gewaltandrohungen durchsetzten. Im Vergleich zu den 1990er Jahren kommt es heute allerdings kaum noch zu Massakern. Stattdessen werden AktivistInnen oder wie im Fall von Córdoba Familienangehörige gezielt bedroht, eingeschüchtert oder getötet.

Gewalt gegen ProtestakteurInnen, die sich für Menschen- und Minderheitenrechte, Demokratie und Selbstbestimmung einsetzten, war in Lateinamerika in der Ära der autoritären Militärdiktaturen im 20. Jahrhundert und in Kolumbien während des gesamten Bürgerkriegs weit verbreitet. Mit den Befreiungs- und Demokratisierungsbewegungen in den 1980er und in den 1990er Jahren, der Anerkennung ethnischer Rechte in vielen nationalen Verfassungen und den Wahlsiegen linker Regierungen ab Ende der 1990er Jahre schien die Zeit umfassender Unterdrückung von Minderheiten und Oppositionsgruppen sowie weitreichender Straflosigkeit in einigen Ländern zunächst vorbei zu sein. Auch in Kolumbien hofften viele auf ein Ende der Gewalt, seit die Umsetzung des Friedensvertrags begonnen hat.

Dies scheint sich nun unter den Bedingungen eines krisenhaften Neoextraktivismus auf der einen und Kämpfen um territoriale Kontrolle auf der anderen Seite zu ändern. Ethnische und kleinbäuerliche Bevölkerungsgruppen in Brasilien, Honduras oder Kolumbien erfahren derzeit auf schmerzliche Weise, dass die Institutionalisierung von Rechten sowie die Beilegung eines bewaffneten Konflikts wie im Falle Kolumbiens zwar notwendige Schritte für eine gerechtere und demokratischere Gesellschaft sind. Sie bedeuteten aber noch lange nicht das Ende des Rassismus in den Köpfen, der Straflosigkeit und der extremen Ungleichverteilung von Macht im ländlichen Lateinamerika.

Anmerkungen

- 1 Für die Unterstützung bei der Recherche zu diesem Beitrag, Einordnung der Fälle und die Kommentierung einer ersten Fassung danke ich Georg Holfelder.
- 2 Consejo Cívico de Organizaciones Populares e Indígenas de Honduras – Ziviler Rat der indigenen- und Basisorganisationen Honduras

Literatur

- Ulrich Brand (Hg.) (2016): *lateinamerikas linke. Ende des progressiven zyklus?* Hamburg
- Ulrich Brand, Kristina Dietz (2013): *Dialektik der Ausbeutung. Der neue Rohstoffboom in Lateinamerika.* In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (11/2013), S. 75-84
- Michel Forst (2016): *They Spoke Truth to Power and Were Murdered in Cold Blood: Analysis on the Situation of Environmental Human Rights Defenders and Concrete Recommendations to Better Protect Them.* Report by the United Nations Special Rapporteur on the situation of human rights defenders. Genf
- Front Line Defenders (2016): *Annual Report on Human Rights Defenders at Risk in 2016.* Dublin
- Global Witness (2014): *Deadly Environment. The Dramatic Rise in Killings of Environmental and Land Defenders.* 1.1.2002-31.12.2013. London
- Global Witness (2017): *Defenders of the Earth. Global killings of land and environmental defenders in 2016.* London
- OCMAL (2015): *Conflictos Mineros en América Latina. Extracción, Saqueo y Agresión. Estado de Situación en 2014*

► **Kristina Dietz** arbeitet am Lateinamerika-Institut der FU Berlin. Derzeit leitet sie zusammen mit Bettina Engels die Nachwuchsgruppe »Globaler Wandel – lokale Konflikte? Landkonflikte in Lateinamerika und Subsahara-Afrika«.